

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordnete Imke Byl, Meta Janssen-Kucz, Susanne Menge, Detlev Schulz-Hendel und Eva Viehoff (GRÜNE)

Milliardenangebot von Bundesfinanzminister Olaf Scholz zur Unterstützung deutscher LNG-Infrastruktur - Wusste die Landesregierung davon?

Anfrage der Abgeordneten Imke Byl, Meta Janssen-Kucz, Susanne Menge, Detlev Schulz-Hendel und Eva Viehoff (GRÜNE) an die Landesregierung, eingegangen am 05.03.2021

Am 09.02.2021 veröffentlichte die Deutsche Umwelthilfe e. V. (DUH) ein bis dahin nicht öffentliches Schreiben von Bundesfinanzminister Olaf Scholz an seinen damaligen US-Kollegen Steven Mnuchin¹, über das bereits im September 2020 in der Presse berichtet wurde.² Darin bietet Scholz im Gegenzug für den Verzicht auf US-Sanktionen gegen die Ostseepipeline Nord-Stream-II Unterstützung in Höhe von 1 Milliarde Euro beim Aufbau deutscher LNG-Infrastruktur, die u. a. für die Anlandung von US-amerikanischem Flüssigerdgas genutzt werden könnte.

Das Land Niedersachsen ist mit zwei potenziellen Standorten eines deutschen LNG-Terminals direkt betroffen. Neben Brunsbüttel in Schleswig-Holstein sind Stade und Wilhelmshaven als mögliche Standorte im Gespräch. SPD und CDU erklären in ihrem Koalitionsvertrag explizit: „Wir wollen ein Flüssiggasterminal (LNG) an der Küste schaffen“.³ Dazu fließen u. a. Landes- und Bundesgelder in die extra gegründete „LNG-Agentur Niedersachsen“, die die „LNG-Infrastrukturentwicklung an der niedersächsischen Nordseeküste“ fördern soll.⁴

Die Pläne für den Standort Wilhelmshaven sind nach einem Interessenbekundungsverfahren durch zu geringe Nachfrage von Marktteilnehmenden erst einmal „auf den Prüfstand“ gestellt.⁵

In Stade ist das Land Niedersachsen über die Niedersachsen Ports GmbH & Co. KG (N-Ports) als Partner der ausführenden Gesellschaft Hanseatic Energy Hub GmbH direkt in ein Infrastrukturvorhaben inkl. LNG-Terminal involviert.

Bei einem öffentlichen Onlineseminar der Heinrich-Böll-Stiftung am 23.09.2020 erklärte Umweltminister Olaf Lies zur Berichterstattung über die „Scholz-Milliarde“: „Es kann keine Milliarde für LNG-Infrastruktur geben; die gibt's auch nicht, das halte ich für völlig unrealistisch. Würde ich auch nie unterstützen, nie, weil das, was ich gesagt habe, war, dass es eine Förderung gibt, in der Größenordnung, die wir auch kennen, die wir auch gegenfinanzieren müssen als Land, das sind diese 50 Millionen pro Terminal, wenn's im Fördergebiet ist, alles andere, ich weiß nicht, wo die Zahl herkommt, ich weiß auch nicht, wer sich die ausgedacht hat, das ist völlig unrealistisch. Wir können und wir werden auch als Staat keine Terminals bezahlen und die betreiben, sondern das werden private Investoren machen müssen. Die müssen ihr Geld investieren, die müssen wissen, gibt es ein Geschäftsmodell, gibt es keins, [...]“⁶

¹ <https://www.duh.de/projekte/geheimdeal-gegen-das-klima/> (zuletzt abgerufen am 25.02.2021)

² Zunächst von Zeit Online (16.09.2020): <https://www.zeit.de/2020/39/nord-stream-2-olaf-scholz-usa-sanktionen-gasmarkt-baustopp> (zuletzt abgerufen am 25.02.2021)

³ <https://www.spdnds.de/wp-content/uploads/sites/77/2017/11/Koalitionsvertrag2017.pdf> Seite 75 (zuletzt abgerufen am 25.02.2021)

⁴ <https://lng-agentur.de/hintergrund/> (zuletzt abgerufen am 25.02.2021)

⁵ <https://www.uniper.energy/news/ltew-prueft-neue-ausrichtung-der-planungen-fuer-ein-importterminal-in-wilhelmshaven> (zuletzt abgerufen am 25.02.2021)

⁶ <https://www.youtube.com/watch?t=4158&v=42RUQ83MyeA&feature=youtu.be>, ab 1:09:40 (zuletzt abgerufen am 25.02.2021)

Das Bundeskabinett sowie offensichtlich auch die SPD-Fraktionsspitze waren der Berichterstattung im *Spiegel* zufolge in das von Scholz vorgeschlagene Milliardenangebot eingebunden. Der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, Carsten Schneider, wird vom *Spiegel* mit „Ich stehe hinter diesem Angebot“ zitiert.⁷

1. Hatte Umweltminister Olaf Lies Kenntnis von dem oben genannten Schreiben bzw. vorgeschlagenen Angebot des Bundesfinanzministers an die US-Regierung und, wenn ja, seit wann?
2. Hatten andere Teile oder die gesamte Landesregierung Kenntnis von dem oben genannten Schreiben des Bundesfinanzministers und, wenn ja, seit wann?
3. Waren Teile oder die gesamte Landesregierung in die Beratungen darüber involviert und, wenn ja, inwiefern?
4. Unterstützt die Landesregierung den Vorstoß von Olaf Scholz, Finanzhilfen für die Unterstützung des Aufbaus einer norddeutschen LNG-Infrastruktur zur Verfügung zu stellen?
5. Wie positioniert sich die Landesregierung inhaltlich zu dem oben genannten Schreiben, und unterstützt sie den Vorstoß von Olaf Scholz, 1 Milliarde an staatlichen Geldern in den Aufbau einer norddeutschen LNG-Infrastruktur zu investieren?
6. Ist die Landesregierung in etwaige weiterführende Gespräche zwischen der Bundesregierung und der US-Administration unter Präsident Joe Biden für eine staatliche finanzielle Unterstützung der geplanten LNG-Terminals einbezogen?
7. Wäre das von Olaf Scholz unterbreitete Angebot aus Sicht der Landesregierung mit europäischem Beihilferecht vereinbar?
8. In welcher Höhe wird und wurde die LNG-Agentur Niedersachsen vom Land durch direkte oder indirekte Finanzmittel unterstützt (bitte einzeln nach Haushaltstitel bzw. Fördertopf auflisten)?
9. Welche Verträge oder sonstige Vereinbarungen zwischen dem Land Niedersachsen und der LNG-Agentur Niedersachsen bestehen zu deren Arbeitsauftrag und Zielsetzung mit welchem Inhalt?
10. Welche Kriterien und Entscheidungsgrundlagen haben zur Beauftragung der MARIKO GmbH mit der Durchführung des Projektes „LNG-Agentur Niedersachsen“ geführt?
11. In welcher Höhe sind Mittel des Landes Niedersachsen im Zusammenhang mit der Planung des LNG-Terminals in Stade oder Wilhelmshaven geflossen (bitte nach Art der Förderung auflisten und nach Empfänger sowie gegebenenfalls Standort)?
12. Welche Rolle spielt das Land Niedersachsen bei der Entwicklung des Hafenkonzpts samt LNG-Terminal in Stade?
13. Welche Landesmittel sind direkt oder indirekt (z. B. über die Niedersachsen Ports GmbH) bereits in die Planungen des LNG-Standorts Stade geflossen, und mit welchen Gesamtkosten rechnet die Landesregierung?
14. Ist der Landesregierung bekannt, welche finanziellen und infrastrukturellen Aufwendungen nötig sind, um die in Stade geplante LNG-Infrastruktur für eine künftige Anlandung von Wasserstoff umzurüsten?
15. Hält die Landesregierung ein oder mehrere norddeutsche LNG-Terminals für notwendig, um die Energieversorgungssicherheit Deutschlands und der EU aufrechtzuerhalten? Wenn ja, warum?
16. Wie bewertet die Landesregierung die Auswirkungen der LNG-Terminals in Stade und/oder Wilhelmshaven auf die Einhaltung von Klimazielen?
17. Plant die Landesregierung eine weitere direkte oder indirekte finanzielle Unterstützung der geplanten LNG-Terminals in Stade und/oder Wilhelmshaven?

⁷ <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/regierung-und-spd-offenbar-in-gas-deal-von-olaf-scholz-eingebunden-a-71e5091b-3b15-460c-aead-2f81f391702e> (zuletzt abgerufen am 26.02.2021)

18. Führt die Landesregierung Gespräche mit der Uniper SE zur Weiterentwicklung der Pläne für das zwischenzeitlich auf Eis gelegte LNG-Terminal in Wilhelmshaven? Wenn ja, mit welchem Inhalt und Ziel?
19. Hält die Landesregierung eine Verwirklichung des geplanten LNG-Terminal in Wilhelmshaven weiterhin für realistisch?
20. Wird trotz des zwischenzeitlichen Planungsstopps durch die Uniper SE weiterhin an Planung und Bau der geplanten Anbindungspipeline für das Terminal festgehalten?